RAT FÜR OFFENTLICHE VERWALTUNG[1]

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Verwaltungen: aus dem Schatten ins Rampenlicht
Ein Essay

„Die Euregios leben faktisch von INTERREG-Mitteln: ohne INTERREG keine Euregios. Das ist die vorherrschende Meinung. Sehr wichtig sind die Projekte sicher nicht, weil die Euregiopartner einander mit Vetos blockieren können. Projekte werden mit Vorsicht ausgewählt, damit sie jede Seite mittragen kann, etwa ein Faltblatt mit grenzüberschreitenden Radwegen. Das ist nützlich, aber nebensächlich und bestimmt keine Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung.“[2]

„In Den Haag weiß man nicht viel über die in den Grenzgebieten mit Deutschland und Belgien bestehenden Chancen. Zwar gibt es keine Grenzkontrollen mehr, dafür haben wir aber andere rechtliche und verwaltungstechnische Probleme. Man versuche nur einmal von Maastricht aus ein Haus in Lüttich zu kaufen…
Das Wissen und die Erfahrungen der Bewohner der Grenzregionen, die sich schon seit Dutzenden von Jahren um eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit bemühen, werden unzureichend genutzt.“[3]

1.
Einleitung: Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ging von der unteren Ebene aus und entwickelt sich ständig weiter

Grenzgebiete als Stiefkinder der nationalen Regierungen…

---

[1] Der niederländische Rat für öffentliche Verwaltung (‘Raad voor het openbaar bestuur’; www.rob-rfv.nl) ist das ständige Beratungsorgan von Regierung und Parlament der Niederlande in Fragen der Organisation und Funktionsweise öffentlicher Verwaltungen.
[2] So ein erfahrener Verwaltungsfachmann, der u.a. Bürgermeister in mehreren Grenzgemeinden im Osten und Süden der Niederlande war, in einem Gespräch mit den ROB-Mitgliedern Korsten und Versteden am 5. Juli 2007.
[3] Prof. Dr. B.J.S. Hoetjes in einem Interview für die Fachhochschule Den Haag am 16. Oktober 2006 (http://portal.hhs.nl/xmsp/xms_itm_p.download_file?p_itm_id=10559).

Das Leben in Grenzregionen wird oft als „Leben in einem peripheren Gebiet“ bezeichnet, weil sich diese Gebiete sowohl räumlich als auch psychologisch weit weg von den politischen und ökonomischen Zentren ihrer jeweiligen Länder befinden. Die nationalen Regierungen schenkten den Grenzgebieten lange Zeit meist nur relativ geringe Aufmerksamkeit. Die Grenzgebiete waren Stiefkinder oder – noch negativer –Problemdeponien der Nationalstaaten. Müllverbrennungsanlagen und Kernkraftwerke, die niemand in seiner Nähe haben wollte, wurden von den Regierungen oft in die Grenzgebiete abgeschoben.

…aber: die Verwaltungen der Stiefkinder kooperieren
Trotz oder vielleicht auch wegen der jahrelangen relativen Verwahrlosung der Grenzgebiete hat sich – vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg – im deutsch-niederländischen und belgisch-niederländischen Grenzgebiet auf vielen Politikfeldern und in unterschiedlicher Form eine von der unteren Ebene ausgehende grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Verwaltungen herausgebildet. Lokale gesellschaftliche Organisationen und Einrichtungen, Industrie- und Handelskammern und Gebietskörperschaften strebten nach einer Kooperation mit ihrem jeweiligen *Gegenüber* hinter der Grenze.

Anreize für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit
In einem Europa ohne Binnengrenzen und mit freiem Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital erlebten (und *erleben*) insbesondere die Bürger, Unternehmen, Einrichtungen, gesellschaftlichen Organisationen und die Gebietskörperschaften der Grenzgebiete die blockierenden und frustrierenden Folgen der Staatsgrenzen und suchten nach umsetzbaren Lösungen für praktische Probleme.[4]
Nach und nach entwickelten auch die nationalen Regierungen mehr Verständnis für die speziellen Probleme und die Entwicklungschancen in ihren Grenzgebieten. Außerdem stimulierten der Europarat und später die Europäische Kommission grenzüberschreitende Beziehungen zwischen Gebietskörperschaften. Gerade im Rahmen solcher Partnerschaften werden spezielle grenzüberschreitende Probleme und Chancen erkannt, können Vereinbarungen zur Lösung der Probleme getroffen und Entwicklungschancen wirklich genutzt werden. Aus dieser Sicht hat die europäische Einigung insbesondere für Grenzlandbewohner spürbare Verbesserungen der Lebenswelt, insbesondere bei Wohnen, Arbeit, Freizeit und Mobilität, gebracht.

Die lokalen, regionalen, nationalen und europäischen Anreize für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit haben u.a. zur Bildung der Euregios geführt, die vor allem als Kooperationsplattformen für die zu den Euregios gehörigen Gebietskörperschaften und als Stimulator grenzüberschreitender kleinerer oder größerer Projekte sozialer, kultureller oder infrastruktureller Art (Verkehr) dienen. Führende Persönlichkeiten haben durch ihren großen Einsatz und ihr Engagement eine entscheidende Rolle beim Zustandekommen der Euregios gespielt. Das ist auch Anno 2007 nicht anders.

---

[4] M.W.J.A. Hertoghs und B.J.S. Hoetjes, *Bijeenbrengen, verbinden en wakker houden* (Zusammenbringen, verbinden und wach halten), Universität Maastricht, Metro/CELS, 2002.

Die Niederlande: ein großes Grenzgebiet
Der Anteil der Grenzgebiete an der Gesamtfläche der Niederlande ist relativ hoch. Sieben der zwölf Provinzen sind Grenzprovinzen. In den niederländischen Grenzgemeinden leben etwa 2 Millionen Menschen. Ein großer Teil des niederländischen Territoriums gehört zu den sieben Euregios entlang der deutschen und belgischen Grenze.
Deshalb ist die grenzüberschreitende behördliche Zusammenarbeit gerade für die Niederlande von so großer Bedeutung.

Wie sich immer wieder zeigt, haben oft die aufgrund *nationaler* politischer Prioritäten durchgeführte Änderungen der niederländischen Gesetzgebung erhebliche positive oder negative Auswirkungen auf die in den Grenzgebieten lebenden Menschen.

Supermärkte fürchten Biertourismus
Die niederländischen Supermärkte in Grenznähe machen sich große Sorgen über die geplante Erhöhung der Biersteuer um 30 Prozent. Durch diesen Anstieg wird ein kleiner Kasten Bier bald zwei Euro teuerer als in Deutschland sein.
„Die Folge ist, dass die niederländischen Verbraucher sich ihr Bier künftig in Deutschland holen. Dazu kommt als Nebeneffekt, dass sie auch ihre anderen Einkäufe bei unseren östlichen Nachbarn tätigen. Das bedeutet für die Supermärkte Umsatzeinbußen. Darüber hat die Regierung nicht nachgedacht“, meint Sijja de Jong vom niederländischen Zentralbüro für den Lebensmittelhandel.
„Wir werden täglich von besorgten Unternehmern angerufen, weil die Belgier dann einen Euro pro Kasten günstiger sind.“ Laut De Jong wird das Ganze noch dramatischer bei der Umsetzung der angedachten *Fettsteuer* (einer Zusatzbesteuerung ungesunder Nahrungsmittel). „Wenn die Steuer wirklich kommt, befürchten wir jede Woche massenhafte Abstecher der Genussmittelverbraucher ins Ausland.“
(*De Telegraaf*, 3. Oktober 2007)

Vor allem für die Niederlande mit ihren relativ umfangreichen Grenzgebieten gibt es schwerwiegende Gründe, die bestehenden Formen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ständig mit kritischem und offenem Blick zu prüfen und wenn möglich begründete Vorschläge zu deren Verbesserung zu unterbreiten. Die Vorschläge sind jedoch nur dann zu verwirklichen, wenn sie auch in den zuständigen deutschen und belgischen Amtsstuben Widerhall finden.

2.
Gutachten zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Innenministerium als Hüter der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit
Das niederländische Ministerium für Inneres und Königreichsbeziehungen betrachtet es als eine seiner Aufgaben, im Rahmen der Euregio-Partnerschaften die Grundlagen für die Zusammenarbeit auszubauen. Ziel ist letztlich die effektive Lösung gesellschaftlicher Fragen und die bessere Nutzung der in den

Grenzgebieten vorhandenen Chancen. Schließlich sind ja Verwaltungen und Behörden für die Bürger da.

Ziel des niederländischen Rats für öffentliche Verwaltung: Vorbereitung eines Gutachtens zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit
Der niederländische Rat für öffentliche Verwaltung (Raad voor het openbaar bestuur, Abk. ROB), das ständige Beratungsorgan von Regierung und Parlament der Niederlande in Fragen der Organisation und Funktionsweise öffentlicher Verwaltungen, erteilt dem Innenministerium Empfehlungen zur Verwirklichung der oben genannten Aufgaben. In den sieben Euregios der Niederlande haben dazu die ROB-Mitglieder und -Mitarbeiter im Sommer und Herbst 2007 Gespräche mit Beamten und Politikern geführt. Erörtert wurden allgemeine Bedeutung, Mehrwert, Profilierung, amtliche Unterstützung, gesellschaftliche Akzeptanz und Zukunftsperspektiven der Euregios. Sowohl die Gespräche als auch eine globale Durchsicht der relevanten Literatur haben unterschiedliche, manchmal widersprüchliche Ansichten über die Euregios zutage gefördert. Die vorläufigen Erkenntnisse des ROB werden zum Schluss des Essays in konträren Thesenpaaren zugespitzt. Von den Teilnehmern an den beiden von ROB organisierten Regiotagungen (der deutsch-niederländischen Tagung am 28. November 2007 in Kleve und der belgisch-niederländischen Tagung am 12. Dezember 2007 in Tilburg) erhofft sich der ROB eine Diskussion der Thesen sowohl anhand ihrer praktischen Erfahrungen als auch ihrer Zukunftsvorstellungen zur Zusammenarbeit im euregionalen Rahmen. Im Januar 2008 führt der ROB eine weitere Arbeitstagung in Den Haag durch, zu der Vertreter der niederländischen Ministerien und der niederländischen Dachverbände der Gebietskörperschaften (der Provinzen, Städte, Gemeinden und Wasserverbände) eingeladen sind. Sie sollen zu den vorläufigen Erkenntnissen des ROB Stellung beziehen. Nach dieser Tagung verfügt der ROB voraussichtlich über genügend Informationen aus der Verwaltungspraxis, um im Februar/März 2008 ein fundiertes und brauchbares Gutachten zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vorlegen zu können.

Der weitere Aufbau dieses Essays
Im nächsten Abschnitt werden die speziellen Probleme (und Chancen) der Grenzgebiete kurz skizziert. Die Skizze will keinesfalls eine Gesamtübersicht bieten, sondern ein möglichst konkretes Bild verschiedener gesellschaftlicher Fragen zeichnen, mit denen es die niederländischen Grenzlandbewohner zu tun haben. Auch Deutsche und Belgier, die im Alltag nationale Grenzen überwinden müssen, dürften die Probleme wiedererkennen.
Danach kommt die Euregio als besondere Form grenzüberschreitender Zusammenarbeit zur Sprache. Anschließend werden die sieben bestehenden deutsch-niederländischen, belgisch-niederländischen und deutsch-belgisch-niederländischen Euregios skizziert.
Zum Schluss werden in Abschnitt 5 mehrere Fragen und konträre Thesenpaare zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Allgemeinen und zur Zusammenarbeit in den Euregios formuliert.

3.
Grenzprobleme aus der Sicht der Bürger: ein Überblick

Bürgerprobleme in Grenzregionen: Ausgangspunkt für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Verwaltungseinheiten
Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist nicht nur Sache der Politiker. Schließlich geht es um die effektive Bewältigung konkreter Probleme, die für die Bürger der Grenzregionen von großer Bedeutung sind. Mit anderen Worten: Es geht um die Praxis der europäischen Integration, um bürgernahe Entscheidungen. Fast im gesamten Spektrum der hoheitlichen Aufgaben haben Grenzlandbewohner mit speziellen Problemen zu kämpfen. Nachstehend werden einige Engpässe benannt, denen die Verwaltungen verstärkte Aufmerksamkeit schenken müssen. Die Verwaltungen sind für die erwünschten gesellschaftlichen Entwicklungen auch dann verantwortlich, wenn sie dafür nicht explizit zuständig sind. Auch dann wird von den Gebietskörperschaften erwartet, dass sie die Regie übernehmen.[5]

Obgleich es heute keine sichtbare Grenze mit Schlagbäumen und Grenzpolizei mehr gibt, bestehen noch unzählige Hindernisse bei grenzüberschreitenden Kontakten zwischen Bürgern, Einrichtungen und gesellschaftlichen Organisationen. Vom Staat wird erwartet, dass diese Hindernisse (etwa die unterschiedliche Steuergesetzgebung) weitgehend beseitigt bzw. – sollte dies vorläufig noch nicht durchführbar sein – die negativen Folgen für die Bürger möglichst beschränkt gehalten werden. Dabei ist es wichtig, dass über diese Hindernisse erst einmal *Klarheit* geschaffen wird, auch wenn sie noch so elementar sind.

Probleme des Arbeitsmarkts
Vor besonderen Schwierigkeiten stehen diejenigen Bürger, die als „Grenzgänger“ oder „Grenzpendler“ in dem einen Land wohnen und im anderen arbeiten. Obwohl schon lange keine strengen Zollbeamten mehr den Grenzübertritt zwischen den Niederlanden und den Nachbarländern Belgien und Deutschland erschweren, ist die Grenzlinie in Form unterschiedlicher Steuern und Abgaben noch immer vorhanden. Dadurch unterscheiden sich Brutto- und Nettogehälter auf beiden Seiten der Grenze. Noch wichtiger ist vielleicht die diesbezüglich bei potenziellen Pendlern herrschende *Unsicherheit*. Sie ist ein Grund dafür, dass die grenzüberschreitende Arbeitsmobilität noch immer recht selten ist. Auch die unterschiedlichen Rentensysteme und die Problematik der beruflichen Qualifikationen (Anerkennung der Abschlüsse) tragen zur fehlenden Arbeitsmobilität bei.

Grenzgänger im Niemandsland:
bürokratische Stolpersteine für Belgier, die zur Beseitigung des Personalmangels im seeländischen Gesundheitswesen beitragen
In der Provinz Seeland mangelt es u.a. im Gesundheitswesen an Personal, weshalb Arbeitskräfte aus der belgischen Grenzregion angeworben werden. Diese werden aber oft vom steuer- und versicherungstechnischen Niemandsland abgeschreckt, in das sie dabei geraten.

[5] Raad voor het openbaar bestuur, *Op het toneel en achter de coulissen. De regiefunctie van gemeenten* (Auf der Bühne und hinter den Kulissen. Die Regiefunktion der Gemeinden), Den Haag, Dezember 1999.

Der Belgier Francis De Smet arbeitet seit 1995 in einem Krankenhaus in Terneuzen. Ihn lockten das höhere Gehalt und die besseren Arbeitsbedingungen in den Niederlanden. De Smet erzählt, dass sich Grenzgänger oft in einem bürokratischen Niemandsland wiederfinden und nennt dafür Beispiele. So rief er im letzten Jahr bei seiner niederländischen Krankenversicherung mit der Frage an, ob seine Frau einen niederländischen Hausarzt konsultieren dürfe. Trotz der bejahenden Auskunft bekam er danach eine Rechnung in Höhe von mehreren hundert Euro zugeschickt. Im Nachhinein habe sich herausgestellt, dass dies doch nicht erlaubt sei. Letztlich ist alles noch in Ordnung gekommen, aber es kostete De Smet viel Zeit, Aufwand und Ärger. Eine weitere Hürde stellt das niederländische Finanzamt dar. Mit dem neuen Krankenversicherungsgesetz aus dem Vorjahr wurde für Geringverdienende ein Zuschuss zum Versicherungsbeitrag (Zorgtoeslag) eingeführt. De Smet würde bei seinem Einkommen darauf Anspruch haben. Während anspruchsberechtigten Niederländern der Antrag automatisch zugeschickt wird, musste sich De Smet selbst darum kümmern. Er und seine belgischen Kollegen müssen sich auch die Details der neuen Gesetze und Bestimmungen selbst heraussuchen. Würden neue Gesetze vorher auf die Folgen für Grenzgänger geprüft werden, ließen sich solche Erschwernisse reduzieren.
(*NRC Handelsblad*, 13. September 2007, S. 17)

Trotz der bürokratischen Barrieren nimmt die Anzahl der Grenzpendler allmählich zu. Weil in jüngster Zeit die niederländische Wirtschaft besser in Schwung war als die deutsche, stieg insbesondere die Anzahl deutscher „Gastarbeiter“ in den Niederlanden. Ein deutscher Arbeitnehmer erhält in den Niederlanden im Allgemeinen ein höheres Nettogehalt.

Vor- und Nachteile eines Wohnsitzes jenseits der Grenze
Seit 2001 kann von einer „heimlichen Annexion“ des deutschen Grenzgebiets gesprochen werden. Niederländer, die nach wie vor in den Niederlanden arbeiten (und ihre Kinder dort in die Schule bringen), erwerben in Deutschland geräumige Häuser, die für sie im eigenen Land unerschwinglich wären. 2001 wurde in Deutschland die Eigenheimzulage abgeschafft, wodurch die Boden- und Häuserpreise sanken. Daraufhin stieg die Anzahl der sich im deutschen Grenzgebiet niederlassenden Niederländer stark an. Niederländer, die Wohneigentum in Deutschland besitzen und dort ihren Hauptwohnsitz haben, können zudem vom niederländischen Hypothekzinsenabzug Gebrauch machen. Niederländische Enklaven in deutschen Gemeinden sind keine Ausnahme mehr. Beispielsweise leben in Emmerich bei einer Gesamtbevölkerung von knapp 30.000 Menschen 3568 niederländische Immigranten. Mit einer Arbeitsstelle in den Niederlanden und einem Wohnsitz in Deutschland ist aber für die Bürger mit großem zusätzlichem administrativem Aufwand verbunden (und Papierbergen für die Finanzämter).

Probleme der grenzüberschreitenden Infrastruktur und der öffentlichen Verkehrsverbindungen
Die obersten staatlichen Behörden interessieren sich seit jeher wenig für die grenzüberschreitende Infrastruktur und die öffentlichen Verkehrsverbindungen

in Gebieten in Peripherielage. Meist wurden nur wenige große Grenzübergänge geschaffen. Die lokale Infrastruktur wurde vernachlässigt bzw. endete an der Grenze. Die niederländische Bahn (NS) verfügt nur über zwei große Bahnübergänge nach Deutschland (Hengelo, Arnheim) und einen nach Belgien (Roosendaal). Wer mit dem Bus oder dem Zug die Grenze passieren möchte, hat somit ein Problem. Im vergangenen Jahrhundert wurde eine Bahnstrecke nach der anderen stillgelegt. Auch viele Busverbindungen wurden eingestellt. Der armselige grenzüberschreitende Bus- und Zugverkehr zwischen Gelderland und Nordlimburg einerseits und Deutschland andererseits ist illustrativ für die Verbindungen in anderen Grenzgebieten. Während Europa zu einer Einheit zusammenwächst, ist für Bahn und Bus an der Grenze Endstation.

Umwelt und Natur kennen keine Grenzen
Umweltprobleme scheren sich nicht um Staatsgrenzen. „Wenn aber die Einwohner von 's-Heerenberg gegen den Bau deutscher Windturbinen direkt vor ihrer Nase, aber hinter der Grenze, protestieren wollen, sind sie machtlos. Nur wenn es um einen Atomreaktor oder die Lagerung radioaktiver Abfälle geht, dürfen Niederländer im Nachbarland Einspruch erheben."[6]

Bargerveen durch deutsche Windturbinen bedroht
Die Umweltschutzföderation Drenthe, die Gemeinde Emmen und die staatliche Forstverwaltung der Region Groningen-Drenthe haben Berufung gegen den Bau von 22 Windturbinen in der deutschen Gemeinde Twist am Rande des niederländischen Naturschutzgebiets Bargerveen eingelegt. Der von ihnen eingereichte Antrag wurde jedoch zurückgewiesen, weil die Organisationen nicht in Deutschland eingetragen und daher gemäß niedersächsischem Recht keine anerkannten Rechtspersonen seien. Auch der Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU) ist laut deutschem Recht dazu nicht berechtigt, weil Bargerveen nicht in Deutschland liegt. Das auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene anerkannte Naturschutzgebiet Bargerveen scheint für „vogelfrei" erklärt worden zu sein.
Trotz europäischer Integration sind hier der Grenzverlauf und die nationale Gesetzgebung ausschlaggebend. Nach den deutschen Vorschriften hätte ein Windturbinenpark nie so dicht an einem international anerkannten Naturschutzgebiet wie Bargerveen errichtet werden dürfen.
(*Staatbosbeheer*[7], Pressebericht v. 14. April 2004; www.staatsbosbeheer.nl/actueel/nieuws/details.asp?NWS_ID=359.)

Die Grenzen sind überwiegend grün. Sowohl an der Grenze zu Belgien als auch entlang der Ostgrenze findet man unberührtes naturbelassenes „Niemandsland". Eine gemeinsame grenzüberschreitende Raumplanung kommt jedoch nur mühsam zustande, obwohl damit dem Erhalt der grünen Grenzgebiete gedient wäre.

Grenzenlose Gewässer

---

[6] *De Gelderlander*, 14. August 2007. Teil 26 der Artikelserie *De Grens-Die Grenze*.
[7] Die staatliche Forstverwaltung (Staatsbosbeheer) ist eine selbständige Behörde des niederländischen Ministeriums für Landwirtschaft, Natur und Lebensmittelqualität.

Die grenzüberschreitende Wasserbewirtschaftung ist für die Einwohner der Grenzregionen von großer Bedeutung. Rhein und Maas kümmern sich nicht um Staatsgrenzen. Bei einem Deichbruch in Deutschland würden auch Teile der Liemers und der Achterhoek unter Wasser laufen.

Grundwasserentnahmen in Deutschland haben negative Auswirkungen auf Natur und Wasserhaushalt in Limburg
Die niederländische Provinz Limburg ist zu zwei Dritteln vom Ausland umringt. Fast alle Grund- und Oberflächengewässer werden aus dem Ausland gespeist. Die großen Grundwassermengen, die beim Braunkohletagebau in Deutschland dem Boden entzogen werden, sorgen in Limburg für Bodensenkungen und für die Austrocknung u.a. des Naturschutzgebiets „De Meinweg“ bei Roermond, einem Teil des internationalen Naturparks Maas-Schwalm-Nette. (Bilaterales Abkommen zwischen den Niederlanden und Nordrhein-Westfalen v. 30. März 1976). [8]

Weil das niederländische Rhein-Maas-Delta das „Abwassersammelbecken Europas“ ist, sind die Niederlande auf die gute Zusammenarbeit aller in den Flusseinzugsgebieten für Wasserbewirtschaftung und Hochwasserschutz verantwortlichen Institutionen angewiesen. Polizei, Feuerwehr, medizinische Notdienste, Wasserverbände, Städte, Gemeinden usw. müssen bei der Verhütung und Bekämpfung von Hochwässern ihre Kräfte bündeln. Sie müssen voneinander wissen, wie sie vorgehen und über welche Mittel sie verfügen (Personal, Material, Finanzmittel, Zuständigkeiten). Sie müssen sich auf dieselben Karten des Gebiets stützen können, dieselben Sicherheitsstandards zugrunde legen und gemeinsam üben. Das Projekt VIKING, bei dem Behörden und Dienste aus Nordrhein-Westfalen und Gelderland kooperieren, stellt möglicherweise eine vorbildliche Praxis für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit dar – nicht nur auf dem Gebiet der Hochwasserbekämpfung, sondern auch bei u.a. der Bekämpfung von Umweltkatastrophen, großen Verkehrsunfällen und Großbränden.

[8] Laut W. Heemskerk und W. Dierx, in: *Vaktijdschrift H2O*, 2007, Nr. 3. Heemskerk setzt sich – wegen des grenzüberschreitenden Charakters der Grund- und Oberflächengewässer – schon viele Jahre für die Gründung internationaler Wasserverbände für die Grenzregionen mit eigenen Vollmachten ein. Siehe W.F.A. Heemskerk, *Waterrecht en Waterschapsrecht. Het Grenswater de Roer/die Rur* (Wasserrecht und Wasserverbandsrecht. Das Grenzgewässer Rur; mit einer Zusammenfassung in deutscher Sprache), Echt, 1985.

VIKING, Zusammenarbeit in der Euregio Rhein-Waal
Mit dem Hochwasserprogramm VIKING I – zu 50% finanziert vom Interregprogramm der Euregio Rhein-Waal – wurde die Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen Wasserwirtschaftlern und Katastrophenschützern in Gelderland und Nordrhein-Westfalen geschaffen. Im Zuge des Programms werden Systeme und Verfahren aufeinander abgestimmt und lernen sich die einzelnen Organisationen kennen. Für diese einzigartige Arbeitsweise hat VIKING I den Innovationspreis 2006 des niederländischen Innenministeriums erhalten. Im Rahmen von VIKING I wurden drei Arten von Hochwassermodulen entwickelt: der Überschwemmungsatlas, das Managementmodul FLIWAS-Light und die Evakuierungsmodule. Außerdem fanden zwei multidisziplinäre grenzüberschreitende Übungen statt.
Die Euregio hat am 13. Juni 2007 einer Verlängerung der Förderung zugestimmt. Das Programm VIKING II soll die entwickelten Systeme in die Organisationen einbetten und die multidisziplinären Übungen zu einem festen Bestandteil der normalen Tätigkeit machen.
(www.programmaviking.nl)

„Europa“ spielt ein wichtige Rolle bei der Stimulierung – oder besser der Erzwingung – einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Flusseinzugsgebietsverwaltungen. Es geht dabei sowohl um die Wasserqualität (Europäische Wasser-Rahmenrichtlinie) als auch um Wasserquantitäten (Hochwasserrichtlinie).

Kriminalität und Ordnungsstörungen
Grenzüberschreitende Kriminalität – sowohl Massenkriminalität als auch schwere organisierte Kriminalität – hat es immer gegeben. Das Grenzland hat seit jeher in besonderem Maße Kriminelle angezogen. So machten im 18. Jahrhundert die so genannten *Bokkenrijders-Banden* die heutige Euregio Maas-Rhein unsicher. Auch für den Waren- und Menschenschmuggel sind Grenzgebiete besonders interessant. Staatsgrenzen sind nun einmal für Kriminelle ein Mittel, ihre illegalen Aktivitäten vor Justiz, Polizei und Behörden im Tatortstaat zu verbergen und damit die Verhaftungsgefahr zu verringern.[9] Staatsgrenzen erschweren nach wie vor Kriminalitätsverhinderung und Strafverfolgung, denn Polizei und Justiz dürfen nur in Ausnahmefällen und unter strikten Auflagen grenzüberschreitend tätig werden. Bei der Kooperation mit den Strafverfolgungsbehörden eines anderen Staates geht es nicht nur um unterschiedliche Befugnisse, sondern auch um unterschiedliche Organisationsformen, Arbeitsweisen und Prioritäten.[10]

Infolge der niederländischen Duldungspraxis bei Softdrugs haben die niederländischen Einwohner der Grenzregionen unter Ordnungsstörungen, Kriminalität (Vermögensdelikten) und Prostitution zu leiden. Der von den

[9] Toine Spapens und Cyrille Fijnaut, *Criminaliteit en rechtshandhaving in de euregio Maas-Rijn* (Kriminalität und Strafverfolgung in der Euregio Maas-Rhein), Teil 1, Antwerpen/Oxford, 2005, S. 8.
[10] Toine Spapens und Cyrille Fijnaut, s.o., S. 2.

niederländischen Behörden tolerierte Verkauf kleiner Mengen Softdrugs für den persönlichen Verbrauch in Coffeeshops lockt auch Kunden aus dem *Ausland* an, vor allem aus dem Grenzgebiet. Wegen der dadurch bedingten Belästigung niederländischer Bürger legen die Verwaltungen niederländischer Grenzgemeinden wie Heerlen, Maastricht oder Terneuzen immer öfter fest, dass die Coffeeshops ihre Geschäfte aus den Innenstädten an die Peripherie verlegen müssen, etwa auf Parkplätze in Grenznähe. Dies erhöht die Attraktivität für ausländische Kunden noch weiter. Belgier und Deutsche, die in den Niederlanden Softdrugs erwerben, verursachen ihrerseits Ordnungsstörungen und Delikte in ihren Wohnorten, so dass auch belgische und deutsche Bürger und Gemeindeverwaltungen unter den Auswirkungen der niederländischen Duldungspolitik zu leiden haben. Hinzu kommt, dass die niederländischen Coffeeshops nicht nur Verbraucher, sondern auch Dealer aus dem Ausland anziehen. Letztere können hier erste Kontakte zum örtlichen kriminellen Milieu anknüpfen, da sich in den Coffeeshops oft Personen aufhalten, die Verbindungen zu Lieferanten größerer Drogenmengen haben:

„Dazu genügt es, mit einem Auto mit ausländischem Kennzeichen vorzufahren, es gut sichtbar vor der Tür abzustellen und einen Nachmittag lang im Coffeeshop zu schwätzen. Dann bekommt man alles angeboten, was man haben will."[11]

Wenn die Verbindungen erst einmal angebahnt sind, kann für die Lieferung weiterer größerer Soft- und (!) Harddrugmengen künftig direkt Kontakt mit den Anbietern aufgenommen werden.

Drogenschmuggler sind einfallsreich. Als vor einigen Jahren die Kontrollen an den Staatsgrenzen verschärft wurden und umfangreiche nächtliche Überprüfungen an den Autobahnen stattfanden, passten die Drogenschmuggler ihr Verhalten entsprechend an.

Drogenschmuggler umgehen Staatsgrenzen
Während die Konsumenten ihre erworbenen Betäubungsmittel oft nicht mehr illegal in ihr Heimatland einführen, sondern gleich an Ort und Stelle in den Niederlanden zu sich nehmen, sind die Dealer teilweise zu einer Art „Staffettenhandel" übergegangen. Das heißt, dass die Drogen nicht mehr von einer Gruppe über große Entfernungen hinweg geschmuggelt, sondern mehrmals weiterverkauft werden. Ein Dealer aus Frankreich kauft z.B. die Drogen in Luxemburg ein. Sein Lieferant hat sich die Ware in Lüttich beschafft und der dortige Lieferant hat sie wieder aus Maastricht bezogen. Obwohl das zweifellos zu höheren Preisen führt, nimmt das Verhaftungsrisiko bei Kontrollen ab. Es muss schließlich nur noch eine Grenze passiert werden. Zudem bewegen sich so die Schmuggler immer auf bekanntem Terrain, kennen die Schleichwege und können schnell vor unüblichen Polizeiaktivitäten warnen.
(Toine Spapens und Cyrille Fijnaut, s.o., S. 143)

[11] So ein ausländischer Inhaftierter, zitiert nach: Toine Spapens und Cyrille Fijnaut, s.o., S. 141.

Die grenzüberschreitenden drogenbedingten Ordnungsstörungen und die kriminellen Aktivitäten verdeutlichen die Notwendigkeit einer polizeilichen Zusammenarbeit. Erst in den letzten Jahren wurde dafür mithilfe von drei Verträgen die formelle Grundlage geschaffen: dem Benelux-Vertrag (2005), dem Vertrag von Enschede (2006) und kürzlich dem Vertrag von Prüm.

Probleme bei Geschäftstätigkeit und Unternehmensansiedlung
Die grenzüberschreitende Unternehmenstätigkeit nimmt zu. Die Grenzregionen, die lange Zeit als abgelegen galten, verfügen über ein großes Wirtschaftspotenzial. Die Regionen an der niederländisch-deutschen bzw. niederländisch-belgischen Grenze liegen heute im Herzen Europas. Initiativreiche Unternehmer aber, die grenzübergreifend tätig sein wollen, stoßen auf bürokratische Hemmnisse: andere Steuersysteme, andere Vorschriften für die Unternehmensansiedlung sowie Sprach- und Kulturunterschiede. Deutsche, die in den Niederlande arbeiten, finden hier die Arbeitsatmosphäre gemütlicher, weniger formell und weniger hierarchisch als im eigenen Land. Niederländische Unternehmer müssen hingegen die deutschen Empfindlichkeiten in Bezug auf den Status und die größere Bedeutung formeller Umgangsformen berücksichtigen.

Was man wissen muss, um bei Geschäften nicht als unhöflicher Niederländer zu gelten
Niederländer präsentieren sich ihren ausländischen Geschäftspartnern mit offenem Visier: ehrlich, ungeschminkt, die Hände in den Taschen und lautstark. Wir sprechen ja unsere Fremdsprachen, das genügt doch? Aber obwohl sich die Wirtschaft internationalisiert, ist die Geschäftskultur immer noch national geprägt.
Deutsche Geschäftsleute werden im Ausland wegen ihres Perfektionismus und der berühmten *Pünktlichkeit* bewundert. Alles verläuft genau nach Zeitschema und Plan. Scherze sind nicht am Platz, denn Unberechenbarkeit ist unerwünscht. Gespräche über Gott und die Welt sind ebenso unpassend wie Komplimente und exzentrische Auftritte. Wer aber aus Höflichkeit andeutet, die Rechnung bezahlen zu wollen, kann von seinem deutschen Partner beim Wort genommen werden.
(*NRC Handelsblad*, 2. Oktober 2007, S. 18.)

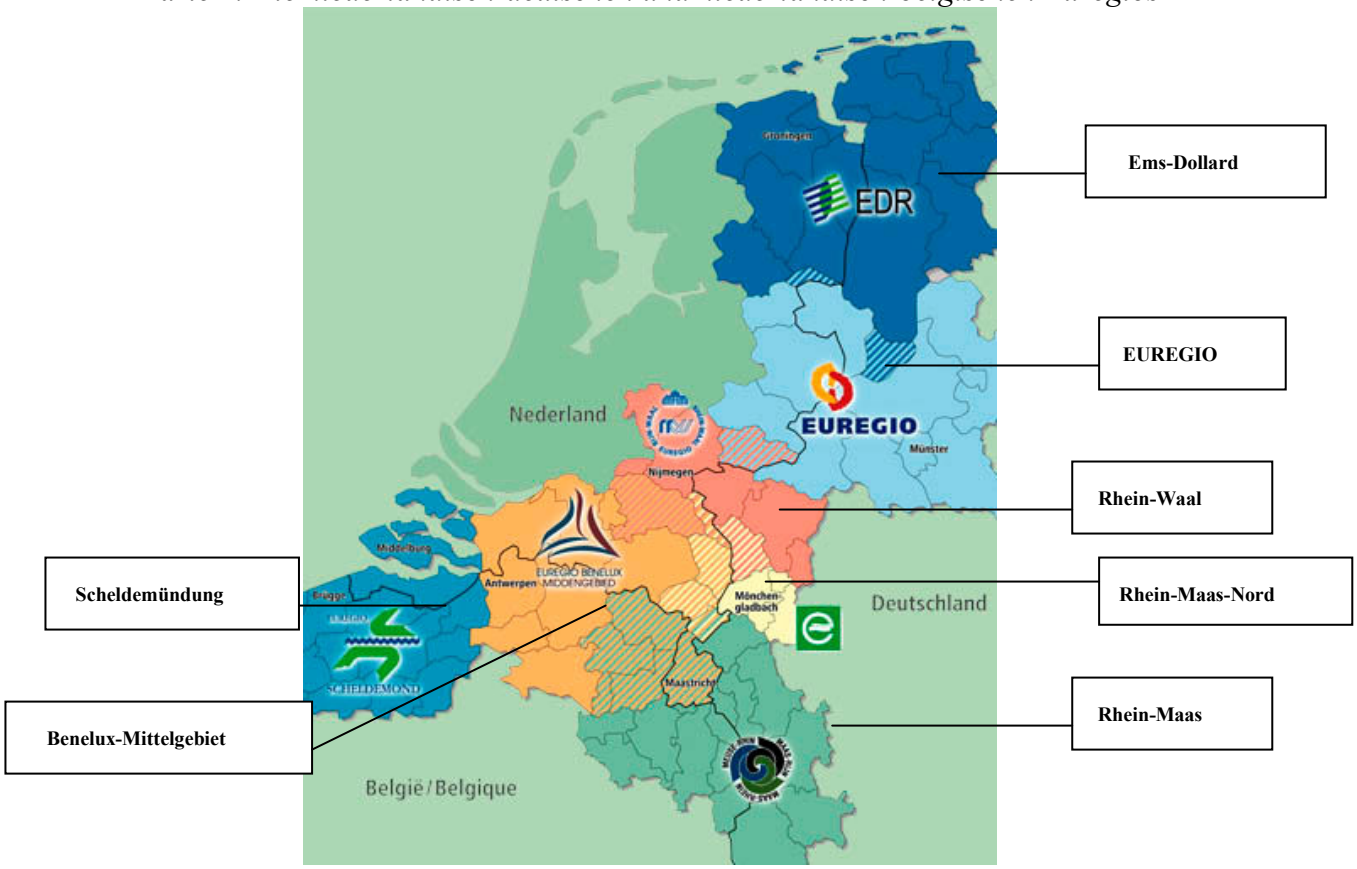
Bürgerkontakte mit Verwaltungsorganen jenseits der Grenze
Ein Niederländer, der das Rathaus der deutschen Grenzstadt Bad Bentheim betritt, kann sich in Niederländisch an die Beamten wenden, denn alle haben einen Niederländischkurs absolviert. Aber gilt das für *alle* deutschen Grenzgemeinden? Und gilt dies umgekehrt auch für die niederländischen Gemeinden an der deutschen Grenze?

Zusammengefasst: Aus den Problemen der Bürger leiten sich die Aufgaben für die öffentlichen Verwaltungen ab
Die Bürger in den Grenzregionen erleben am eigenen Leibe, dass ein Europa ohne Binnengrenzen und mit freiem Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital in vielerlei Hinsicht bisher nur auf dem Papier

Wirklichkeit geworden ist. Bei grenzüberschreitenden Kontakten gibt es noch immer viele konkrete Hindernisse.
Es ist Aufgabe der öffentlichen Verwaltungen aller Ebenen, sich in effektiver, effizienter, legitimer und entgegenkommender Form um Lösungen der Grenzproblemen zu bemühen, beispielsweise durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit in unterschiedlicher Form, u.a. im Rahmen der Euregios.

4.
Euregios als spezielle Form der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit
Die internationale grenzüberschreitende administrative Zusammenarbeit zwischen den Niederlanden und ihren beiden Nachbarländern findet auf mehreren Ebenen statt. Zur europäischen Ebene gehören die institutionellen Beziehungen, der rechtliche Rahmen und die finanziellen Mittel der Europäischen Union und des Europarats. Daneben ist jene internationale grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu nennen, bei der der Akzent auf der Kooperation zwischen den *nationalen* Regierungen der Niederlande, Belgiens (und Luxemburgs) liegt, etwa im Benelux-Rahmen. Drittens gibt es die niederländisch-deutschen und niederländisch-belgischen *dezentralen* grenzüberschreitenden Partnerschaften, einerseits im Rahmen der so genannten Euregios, andererseits im Rahmen sonstiger Arbeitsgemeinschaften der Gebietskörperschaften. Zu letzteren zählen die Neue Hanse Interregio (NHI) und mehrere interlokale Arbeitsgemeinschaften zwischen niederländischen, belgischen und deutschen Gemeinden. Die nachstehende Karte bietet einen Überblick über die heutigen niederländisch-deutschen und niederländisch-belgischen Euregios.

Karte 1. Die niederländisch-deutschen und niederländisch-belgischen Euregios



Euregios sind in erster Linie Plattformen für die Gebietskörperschaften. Sie schließen eine Beteiligung nichtstaatlicher Institutionen wie Unternehmen, Industrie- und Handelskammern, Einrichtungen und gesellschaftlicher Organisationen in unterschiedlicher Form nicht aus.

Die sieben Euregios, an denen niederländische Gebietskörperschaften beteiligt sind, haben unterschiedliche Rechtsformen. Die Euregio Scheldemündung ist ein gemeinschaftliches Organ. Das Benelux-Mittelgebiet, die Rhein-Waal- und die Ems-Dollard-Region sind Körperschaften öffentlichen Rechts. Die EUREGIO und die Rhein-Maas-Region sind Vereine (eV, VZW) und die Rhein-Maas-Nord-Euregio schließlich hat informellen Charakter.
In den belgisch-niederländischen Euregios liegt der Schwerpunkt der Zusammenarbeit bei den beteiligten Provinzen. Bei den deutsch-niederländischen Euregios haben die Städte und Gemeinden die Führung.

Trotz der unterschiedlichen Rechtsformen betrachten alle Euregios es als ihre allgemeine Aufgabe, zur Lösung der mit den Grenzen verbundenen Probleme beizutragen (zugunsten von sowohl Bürgern und Unternehmen als auch Behörden), Kontakte über die Grenze hinweg zu erleichtern und das gegenseitige Verständnis zu verbessern.[12]

Die Euregios haben einen Vorstand, einen Rat (als Vertretung aller Teilnehmer), meist auch thematische Arbeitsgruppen und ein kleines Büro. Aufgrund dieses Aufbaus sind die Euregios – nur – *indirekt* demokratisch legitimiert.

Bei offiziellen Vereinbarungen, aber auch bei der praktischen Arbeit sind die Euregios stark konsensorientiert. Bei Entscheidungsverfahren kommt es selten zu Abstimmungen. Themen, die zu großen Meinungsunterschieden Anlass geben, werden in der Regel „auf Eis gelegt“. Sie erscheinen höchstens nach Erlöschen der Kontroversen wieder auf der Tagesordnung.
Dies führt im Allgemeinen dazu, dass die überwiegende Mehrheit der von den Euregios in Angriff genommenen Projekte aus der Sicht der beteiligten Politiker zwar nützlich, aber nebensächlich ist. Es geht beispielsweise um die Durchführung euregionaler verkaufsoffener Sonntage oder die Veröffentlichung mehrsprachiger Broschüren über grenznahe Radwege und Naturschutzgebiete.
Die Marginalität der meisten von den Euregios *geleiteten* Projekte führt dazu, dass die Medien den Euregios wenig Aufmerksamkeit widmen und dass die Politiker und Abgeordneten aus den zugehörigen Gebietskörperschaften geringes Interesse für die Euregios haben. Wenn sie ein dringendes Problem gemeinsam mit ihren Kollegen auf der anderen Seite der Grenze lösen wollen, suchen sie Wege *unter Umgehung der Euregio*.

---

[12] M.W.J.A. Hertoghs und B.J.S. Hoetjes, s.o., S. 41.

„Als Bürgermeister einer großen Grenzgemeinde arbeite ich oft an Aufgaben und Zielen, wegen der ich Bürgermeisterkollegen jenseits der Grenze besuche. Aber ich wende mich deswegen kaum einmal direkt an die euregionalen Organe.
Ob Coffeeshops, die A2 oder Dienstleistungen der Feuerwehr für die belgische Gemeinde Lanaken, bei all diesen Themen muss grenzüberschreitend zusammengearbeitet werden. Aber die Euregio ist dafür nicht der geeignete Rahmen.“[13]

Die externe Kommission Hermans[14], die Mitte 2007 ein Gutachten zur Zukunft der niederländischen Provinz Limburg vorgelegt hat, konstatierte, dass der Begriff Euregio dem Bürger wenig sagt und dass die Euregios für die Wirtschaft nur geringe Bedeutung haben. Die Kommission plädierte deshalb dafür, dem Begriff Euregio einen neuen Inhalt und neuen Elan zu geben. Euregios bräuchten langfristige Strategien, so dass in ihrem Rahmen eher Grundsatzfragen und weniger Fragen und Ziele der täglichen Praxis zur Diskussion gestellt werden.

„Um zu erreichen, dass die beabsichtigte Zusammenarbeit aus mehr als nur einer ‚Projektliste' besteht, sind die konkreten operativen Projekte in eine langfristige Perspektive einzubetten. Außerdem ist ein Leitbild zu entwickeln, das gewährleistet, dass der grenzüberschreitende Integrationsprozess im Laufe der Zeit auch sozial spürbar und ‚öffentliches Eigentum' wird. Ohne Verwurzelung und breite Akzeptanz bei Bürgern, Unternehmen und gesellschaftlichen Einrichtungen muss jede Form amtlicher Zusammenarbeit eine bürokratische Konstruktion bleiben“[15]

Die personelle und finanzielle Ausstattung der sieben Euregio-Organisationen ist beschränkt. Nur EUREGIO verfügt über mehr als 20 Mitarbeiter. Das Personal wird zum größten Teil für die Verwaltung der EU-INTERREG-Projekte eingesetzt.

INTERREG: Motor für die euregionale Zusammenarbeit der Verwaltungen
Seit 1991 stimuliert die Europäische Union die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. In der gesamten Europäischen Union werden Projekte zur Verbesserung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gefördert. Dazu dienen grenzüberschreitende transnationale und interregionale Kooperationsprogramme. Ausgangspunkt ist die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zur Überwindung der durch die Staatsgrenzen bedingten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Abschottung der Grenzregionen.

---

[13] So der Bürgermeister einer großen niederländischen Grenzgemeinde in einem Gespräch mit den ROB-Mitgliedern Korsten und Versteden am 13. Juni 2007.

[14] Dieser international zusammengesetzten Kommission gehörten Loek Hermans (Vorsitzender), Willy Claes, Hans Peter Schmitz, Luc Soete und Theo Toonen an.

[15] *De toekomst van Limburg ligt over de grens. Met de euregio's als bruggenbouwers tussen de lidstaten* (Die Zukunft Limburgs Zukunft liegt jenseits seiner Grenzen – Die Euregio als Brückenbauer zwischen Mitgliedstaaten), Gutachten der Kommission Hermans, Mai 2007.

Die EU subventionierte von 1991 bis 2006 (in drei Zeiträumen) die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Form der INTERREG-Programme. Ab 2007 wird INTERREG in stark vereinfachter Form unter der Überschrift „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ fortgeführt. In der Praxis dürfte übrigens die Bezeichnung INTERREG IV beibehalten werden. Ziel ist, die Zusammenarbeit zwischen den Regionen über Staatsgrenzen hinweg zu verstärken und damit die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und den territorialen Zusammenhalt der betreffenden Regionen zu verbessern.
Neben der staatlichen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit machen auch die transnationale und interregionale Zusammenarbeit Teil des Programms „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ aus. In den Niederlanden ist das Wirtschaftsministerium für den Programmteil grenzüberschreitende Zusammenarbeit zuständig, das Ministerium für Wohnungswesen, Raumordnung und Umwelt für die Programmteile transnationale und interregionale Zusammenarbeit.
Den Niederlanden wurde für den Zeitraum 2007-2020 ein Budget in Höhe von 169,2 Millionen Euro zugewiesen. Der Betrag verteilt sich über vier Programme:

- Niederlande-Deutschland 86,0 Millionen Euro
- Maas-Rhein 22,6 Millionen Euro
- Flandern-Niederlande 49,3 Millionen Euro
- maritimes Programm 11,3 Millionen Euro

insgesamt 169, 2 Millionen Euro.

Die Programme werden aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung finanziert. Die Mittel dienen zur Subventionierung von Organisationen, die geeignete Projektideen vorlegen.
Die Europäische Union finanziert maximal 75% der Projektkosten. In der Praxis dürften es weniger als 50% sein. Die übrigen Mittel stellen die beteiligten Gebietskörperschaften und private und öffentliche Partner bereit. Der niederländische Staat wird das Programm im kommenden Zeitraum mit rund 38 Millionen Euro mitfinanzieren.

5.
Fragen und Thesen

FRAGE 1
Inhalt der grenzüberschreitenden Problematik

Trifft Ihrer Meinung nach auf „Ihre“ Region das in Abschnitt 3 skizzierte allgemeine Bild spezieller gesellschaftlicher Probleme in den Grenzgebieten zu?

Müssen Ihrer Meinung nach in „Ihrer“ Region noch weitere dringende grenzüberschreitende Probleme geklärt werden?

Können Sie bei den grenzüberschreitenden Problemen eine Gewichtung vornehmen, indem Sie beispielsweise die drei vorrangigsten Problembereiche nennen, auf die sich die Verwaltungen vor allem konzentrieren sollten?

FRAGE 2
Effektivität und Mehrwert der euregionalen Zusammenarbeit

Liefert „Ihre" Region Ihrer Meinung nach tatsächlich einen (ausreichenden) Beitrag zur Lösung der grenzüberschreitenden Probleme und zur Nutzung der bestehenden Chancen?

Oder liegt die Lösung primär bei anderen Institutionen?

Sind die euregionalen Aktivitäten und Anstrengungen Ihrer Meinung nach ausreichend mit den gewöhnlichen Aktivitäten der Verwaltungen, Einrichtungen, Unternehmen und gesellschaftlichen Organisationen Ihres Territoriums verbunden?

Konträre Thesepaare: Für welche Seite/These entscheiden Sie sich und weshalb?

A. Zukunftsperspektive der Euregios

1.
Die Euregios befassen sich vor allem mit dem Management der EU-INTERREG-Programme. Die EU-Gelder zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit fließen immer stärker nach Osteuropa statt nach Westeuropa. Dadurch wird das Fortbestehen der westeuropäischen Euregios bedroht.

2
Eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Verwaltungen, auch im Rahmen der Euregios, gab es auch schon in der Zeit vor INTERREG. Die jahrelange Kooperation hat zu gegenseitigem Verständnis und zu konkreten Ergebnissen geführt. Dadurch ist in den Verwaltungen eine bleibende Unterstützung für die Fortsetzung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und die Euregios entstanden – trotz Reduzierung der EU-INTERREG-Mittel.

B. Akzeptanz in Gesellschaft und Verwaltungen

1.
Euregios sind vor allem eine Sache der Verwaltungen, in weitaus geringerem Maße eine Angelegenheit der Bürger. Das ist jedoch so lange kein Problem, wie Euregios gesellschaftliche Fragen effektiv lösen.

2.
Euregios bedürfen letztendlich auch der Akzeptanz durch die Bevölkerung. Durch eine stärkere Profilierung ihrer Euregios würde die Einbindung der Bürger zumindest verbessert werden.

C. Grenzgemeinden und Euregios

1.
Die Verwaltungen der großen Grenzgemeinden brauchen die Euregio viel weniger als die kleinen Grenzgemeinden. Erstere schaffen sich gemeinsam mit den Gemeindeverwaltungen jenseits der Grenze eigene Plattformen und erzielen so für ihre Bürger ansprechende Ergebnisse. Die Euregios sollten kooperierende Gebietskörperschaften ausschließlich praktisch unterstützen.

2.
Die Verwaltungen großer Grenzgemeinden, die wenig oder keinen Gebrauch von der Euregio als Kooperationsplattform machen, vergeben Chancen. Für kleinere Grenzgemeinden gilt dies in noch stärkerem Maße.

D. Euregionale Interessenvertretung

1.
Euregios können ihre speziellen Interessen bei ihren nationalen Regierungen, ihren nationalen Parlamenten und den europäischen Institutionen aus eigener Kraft vertreten.

2.
Für eine effektive Vertretung der speziellen Interessen der Euregios bei den nationalen Regierungen, nationalen Parlamenten und europäischen Institutionen müssen die Euregios die Kräfte bündeln. Dabei könnten die über-euregionalen INTERREG-Programmgebiete die Führung übernehmen.

E. Gestaltung der Euregios

1.
Die Tatkraft der Euregios lässt sich durch eine klarere (öffentlich-)rechtliche Struktur verstärken.

2.
Die rechtliche und administrative Gestaltung der euregionalen Zusammenarbeit ist eine Frage (inter-)regionaler Maßarbeit – und das sollte so bleiben.

F. Konsensorientierte Entscheidungsfindung

1.
Die konsensorientierte Entscheidungsfindung sorgt dafür, dass die Euregios die großen euregionalen Fragen nicht in Angriff nehmen. Damit werden Chancen nicht genutzt, weil die nationalen Regierungen die Lösung dieser Fragen dann meist nicht automatisch an sich ziehen.

2.
Die konsensorientierte Entscheidungsfindung ist eine notwendige Bedingung für die Instandhaltung der fruchtbaren Zusammenarbeit im Rahmen der Euregios. Breit getragene Beschlüsse zu so genannten „ungefährlichen“ Themen wie der Organisation grenzüberschreitender kulturellerer Veranstaltungen haben nicht nur Wert an sich, sondern schaffen auch die Grundlage dafür, in einem späteren Stadium „große“ euregionale Fragen auf die Tagesordnung der Euregio setzen zu können.

G. Grenzlandprüfung oder Pilotregionen

1.
Auf allerlei Gebieten bilden unterschiedliche nationale Gesetze noch immer ein großes Hemmnis für grenzüberschreitende Kontakte. Eine im Vorfeld durchgeführte „Grenzlandprüfung“ aller nationalen Gesetzesvorlagen unter dem Aspekt der speziellen Folgen für die Grenzregionen könnte hierbei hilfreich sein.

2.
Eine „Grenzlandprüfung“ der nationalen Gesetzesvorlagen sorgt für große Komplikationen bei den nationalen Gesetzgebungs- und Entscheidungsverfahren. Es müssten dann unterschiedliche Rechtssysteme immer wieder miteinander verglichen werden.
Besser wäre es, wenn die nationalen Regierungen den Euregios den Status von Pilotregionen (oder Versuchsregionen) auf Politikfeldern einräumten, auf denen die nationale Gesetzgebung für die größten Hindernisse sorgt. Als eine solche *Pilotregion* könnte die niederländische Provinz Limburg fungieren, die fast rundum Auslandsgrenzen hat.[16]

[16] Hierbei handelt es sich um eine Empfehlung der Kommission Hermans.